

Kleine Anfrage

EU-Verteidigungsprogramme und Beteiligung liechtensteinischer Unternehmen

Frage von Landtagsabgeordneter Martin Seger

Antwort von Regierungsrat Hubert Büchel

Frage vom 02. September 2026

Die Europäische Union baut ihre Verteidigungsindustrie derzeit massiv aus. Mit dem Programm SAFE (Security Action for Europe) stellt die EU bis zu Euro 150 Mia. in Form von Darlehen für gemeinsame Beschaffungen im Verteidigungsbereich bereit. Daneben bestehen weitere Instrumente wie der European Defence Fund (EDF) sowie Programme zur Förderung der Munitionsproduktion und gemeinsamer Beschaffungen.

Liechtenstein kann als EWR/EFTA-Staat zwar selbst keine SAFE-Darlehen beziehen. Für liechtensteinische Unternehmen können sich jedoch Möglichkeiten ergeben, sich an europäischen Lieferketten, Konsortien sowie Beschaffungs- und Entwicklungsprojekten im Verteidigungsbereich zu beteiligen.

Eine stärkere Einbindung liechtensteinischer Unternehmen in die europäische Rüstungsindustrie könnte Auswirkungen auf die bisherige Ausrichtung Liechtensteins haben und möglicherweise auch neue Sicherheitsrisiken schaffen. Unternehmen, die Bestandteile oder Technologien für Rüstungsgüter herstellen, könnten beispielsweise stärker in den Fokus von Spionage, Sabotage, Cyberangriffen oder im Extremfall terroristischen Anschlägen geraten.

Ich bitte die Regierung daher um die Beantwortung folgender Fragen:

- * Welche EU-Programme im Bereich Verteidigung und Rüstungsindustrie stehen liechtensteinischen Unternehmen derzeit direkt oder indirekt offen, insbesondere SAFE und der European Defence Fund, und welche finanziellen Mittel können Unternehmen aus Liechtenstein daraus grundsätzlich beziehen?
- * Wie viele Unternehmen mit Sitz in Liechtenstein kommen nach Einschätzung der Regierung aufgrund ihrer Produkte, Technologien oder Dienstleistungen grundsätzlich für eine Beteiligung an solchen europäischen Verteidigungs- oder Rüstungsprogrammen beziehungsweise deren Lieferketten infrage?

- * Wie viele liechtensteinische Unternehmen beteiligen sich derzeit bereits an solchen Programmen, Projekten oder geförderten Lieferketten, und in welcher Höhe sind bisher Fördermittel beziehungsweise Aufträge an Unternehmen in Liechtenstein geflossen?
- * Sieht die Regierung in einer zunehmenden Einbindung liechtensteinischer Unternehmen in die europäische Rüstungsindustrie einen möglichen Zielkonflikt mit der bisherigen aussen-, sicherheits- oder neutralitätspolitischen Ausrichtung Liechtensteins, und wie beurteilt sie diese Entwicklung grundsätzlich?
- * Sieht die Regierung zusätzliche Sicherheitsrisiken für Liechtenstein, wenn heimische Unternehmen Teil der europäischen Rüstungsindustrie und ihrer Lieferketten werden, insbesondere hinsichtlich Spionage, Cyberangriffen, Sabotage oder möglicher terroristischer Anschläge, und wurden diese Risiken bereits beurteilt beziehungsweise entsprechende Schutzmassnahmen vorgesehen?

Antwort vom 04. September 2026

zu Frage 1:

Liechtenstein nimmt derzeit an keinem EU-Programm im Bereich der Verteidigungs- oder Rüstungsindustrie teil. Daher können aus diesen Programmen auch keine Mittel bezogen werden.

Der Europäische Verteidigungsfonds EDF (Verordnung (EU) 2021/697) wurde im Jahr 2021 in das EWR-Abkommen übernommen, jedoch mit einer Ausnahme für Liechtenstein, welches daran weder teilnimmt noch finanzielle Beiträge leistet.

Die Verordnung zur Festlegung des Instruments „Sicherheitsmassnahmen für Europa (SAFE) durch die Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie“ (Verordnung (EU) 2025/1106) wird derzeit von den Partnern im EWR evaluiert. Die liechtensteinische Position ist jedoch bereits klar und kommuniziert: Da es sich um einen Rechtsakt aus dem Rüstungs- bzw. Verteidigungsbereich handelt, soll keine Übernahme ins EWR-Abkommen vorgesehen werden.

zu Frage 2:

Da es in Liechtenstein keine Rüstungsindustrie im klassischen Sinne gibt, liegen der Regierung keine Zahlen oder Erhebungen vor, wie viele Unternehmen mit Sitz in Liechtenstein für eine Beteiligung an solchen europäischen Verteidigungs- oder Rüstungsprogrammen beziehungsweise deren Lieferketten infrage kämen. Am ehesten wäre an Zulieferer von Gütern mit ziviler und militärischer Verwendbarkeit (Dual-Use) zu denken. Dazu gehören primär Unternehmen aus der Steuerungs-, Vakuum-, Beschichtungs- und Werkzeugtechnik, aber auch Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor könnten in Betracht kommen.

zu Frage 3:

Nach heutigem Kenntnisstand beteiligen sich derzeit keine liechtensteinischen Unternehmen aktiv an SAFE-, EDF- oder EDIP- (Europ. Verteidigungsindustrie) geförderten Programmen, Projekten oder Lieferketten. Es sind der Regierung keine Fördermittel oder Aufträge bekannt.

zu Frage 4:

In Liechtenstein wird der rechtliche Rahmen für die Entwicklung, die Herstellung, den Handel sowie die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial durch den Zollvertrag mit der Schweiz bestimmt und nicht durch EU-Recht. Die aufgrund des Zollvertrages in Liechtenstein anwendbaren schweizerischen Rechtsvorschriften umfassen insbesondere das schweizerische Kriegsmaterialgesetz samt Verordnung sowie die Güterkontrollgesetzgebung. In diesen Fällen ist die Zuständigkeit der Schweizer Behörden, konkret des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO, gegeben. Aus diesem Grund kann es keine stärkere Einbindung der heimischen Industrie in europäische Lieferketten geben, als es durch die Gesetzgebung der Schweiz vorgegeben ist.

zu Frage 5:

In der Sicherheitspolitischen Strategie werden hybride Bedrohungen wie Spionage, Cyberangriffe, Sabotage, Terrorismus, unerwünschte Einflussnahmen und Know-how-Abfluss ausdrücklich als relevante Sicherheitsrisiken für Staat und Wirtschaft identifiziert. Gleichzeitig sieht die Strategie verschiedene Schutzmassnahmen vor, darunter den Ausbau der nachrichtendienstlichen Fähigkeiten, die Stärkung der Cyberabwehr, die Verbesserung des Schutzes kritischer Infrastrukturen sowie die systematische Lageanalyse und Früherkennung sicherheitsrelevanter Entwicklungen. Die Regierung beobachtet laufend und mit hoher Priorität die sicherheitspolitische Lage und Entwicklung. Dabei werden die zuständigen Stellen, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Cybersicherheit, Bevölkerungsschutz und Aussenbeziehungen, eingebunden. Zudem arbeitet Liechtenstein in verschiedenen sicherheitspolitischen Bereichen eng mit der Schweiz und europäischen Partnern zusammen. Sollten lokale Unternehmen tatsächlich in Zukunft massgebliche Elemente der europäischen Rüstungsindustrie werden, wird die Regierung dies in ihrer Analyse und möglichen Massnahmen berücksichtigen.